

THEODOR SCHILLING

Internationaler Menschenrechts- schutz

3. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR LEHRBUCH

Theodor Schilling
Internationaler Menschenrechtsschutz



Theodor Schilling

Internationaler Menschenrechtsschutz

Das Recht der EMRK und des IPbpR

3., erweiterte und überarbeitete Auflage

Mohr Siebeck

Theodor Schilling, geb. 1949, ist apl. Professor für öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin.

- 1. Auflage 2004
- 2., erweiterte und überarbeitete Auflage 2010
- 3., erweiterte und überarbeitete Auflage 2016

e-ISBN PDF 978-3-16-154794-2
ISBN 978-3-16-154793-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Rotation gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Vorwort

Dieses Lehrbuch geht auf eine Vorlesung zurück, die der Verfasser seit Jahren an der Humboldt-Universität zu Berlin hielt und seit seiner Pensionierung an der HuWiSu (Humboldt Winter and Summer University) fortsetzt. Es möchte den Lesern das System des internationalen Menschenrechtsschutzes näher bringen, wie es sich seit der Mitte des 20. Jhd. entwickelt hat und wie es heute in den deutschsprachigen Ländern gilt. Demgemäß versucht das Buch eine synoptische Darstellung des für diese Länder geltenden internationalen Schutzes der Menschenrechte der ersten Generation, im wesentlichen der (Europäischen) Menschenrechtskonvention (EMRK) und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IP). Die synoptische Darstellung hat zwei Vorzüge: Sie erlaubt es, Unterschiede, die trotz der weitgehenden Parallelität der beiden Menschenrechtsverträge zwischen ihnen bestehen, besser ins Licht zu rücken und zugleich Wiederholungen zu vermeiden. Sie spiegelt wider, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen (MRA) in ihrer Entscheidungspraxis regelmäßig aufeinander Bezug nehmen.

Das System des internationalen Menschenrechtsschutzes hat sich im Wesentlichen als Richterrecht auf der Basis völkerrechtlicher Verträge entwickelt; deren Bedeutung läßt sich ohne Kenntnis der Rechtsprechung nicht (mehr) erschließen. Wie in allen Rechtssystemen, in denen letztlich nur ein Spruchkörper entscheidet, der deshalb wenig Anlaß hat, in der Auseinandersetzung mit anderen Gerichten die Hilfe der Lehre in Anspruch zu nehmen – naheliegende Beispiele sind das Bundesverfassungsgericht und der Gerichtshof der EU –, ist in beiden Systemen etwas entstanden, was sich als „Gerichtspositivismus“ bezeichnen läßt: Die Menschenrechte sind das, was die Vertragsorgane, also EGMR und MRA, aus den Verträgen machen. Diesem Faktum trägt das vorliegende Lehrbuch dadurch Rechnung, daß es eine inhaltlich umfassende Auswertung der Rechtsprechung anstrebt, aber die Lehre weitestgehend ausspart.

Dabei hat die Rechtsprechung des EGMR, aber zunehmend auch die des MRA einen Umfang angenommen, der ein auch nur annähernd vollständiges Zitieren aller einschlägigen Entscheidungen unmöglich macht. Deshalb werden in die-

sem Werk aus jedem der beiden Rechtssysteme nur wenige, meistens nur eine einschlägige Entscheidung zitiert. Die Auswahl der zitierten Entscheidungen erfolgt nach Kriterien, die sich zwangsläufig gegenseitig ausschließen: In Betracht kommen die grundlegende Entscheidung, eine neuere Entscheidung oder eine Entscheidung zu einem besonders aussagekräftigen Sachverhalt. Die zitierten Entscheidungen sind in einem Entscheidungsregister erfaßt, das einen schnellen Zugriff auf die Stelle(n) erlaubt, an denen sich das Zitat findet. Das ermöglicht es zugleich, mehrere Aspekte einer Entscheidung, die an unterschiedlichen Stellen zitiert ist, in Zusammenhang zu bringen.

Die besprochenen Systeme, namentlich EMRK und IP, sind durch die Rechtsprechung und durch die politische Entwicklung Wandlungen unterworfen. So erweitert sich die Mitgliedschaft der Menschenrechtsverträge kontinuierlich; Verträge werden geändert, neue Verträge geschlossen oder treten in Kraft. Es wurde angestrebt, die Rechtsprechung von EGMR und MRA sowie die politische Entwicklung bis Ende 2015 zu berücksichtigen. Zahlenangaben über die Unterzeichnung und Ratifikation völkerrechtlicher Verträge beziehen sich ebenfalls auf den Stand vom 31.12.2015.

Aix-en-Provence, 15. Juni 2016

Theodor Schilling

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Quellenlage	XIX
Materialien im Internet	XIX
Lehrbücher und Kommentare	XX

Erster Teil: Allgemeines

I. Kapitel: Entwicklung des Völkerrechts der Menschenrechte	2
§ 1: Entwicklungslinien	2
§ 2: Die Internationalisierung des Menschenrechtsschutzes	4
a) Die AEMR und der Menschenrechtsrat	4
b) Die Regelungen des Europarats	6
aa) Überwachungs- und Erzwingungsmechanismen im Allgemeinen ..	7
bb) Allgemeines zur EMRK	8
cc) Die Europäische Sozialcharta	9
c) Die universellen Pakte	11
d) Die außereuropäischen regionalen Regelungen	12
§ 3: Die Frage von Relativität oder Universalität der Menschenrechte ..	15
II. Kapitel: Allgemeine Lehren	17
§ 4: Die Auslegung der Menschenrechtsverträge und die Rolle der Vertragsorgane	17
a) Die Auslegung der Menschenrechtsverträge	17
aa) Allgemeines	17
bb) Die Auslegung der EMRK als Teil des allgemeinen Völkerrechts ...	19
cc) Die autonome Auslegung	21
dd) Die Auslegung nach dem effet utile	22
ee) Die Auslegung der EMRK als integrierten Systems	22
b) Die Rolle der Vertragsorgane	24

§ 5:	Der Aufbau der Prüfung einer Menschenrechtsbeschwerde	26
a)	Die Zusicherung der Menschenrechte	26
aa)	Zusicherung und Vorbehalte	26
bb)	Die Hoheitsgewalt	31
b)	Schutzbereich und Eingriff	36
c)	Die Gesetzmäßigkeit des Eingriffs	37
aa)	Der Verweis auf innerstaatliches Recht	37
bb)	Die „Qualität“ des innerstaatlichen Rechts	38
d)	Das legitime Ziel des Eingriffs	42
aa)	Allgemeines	42
bb)	Die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen	44
e)	Schutzpflichten	46
f)	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	47
aa)	Der staatliche Entscheidungsspielraum	47
bb)	Die erhöhte Kontrolldichte	49
§ 6:	Der Notstand	50

Zweiter Teil: Materielles Recht

III. Kapitel: Das Recht auf Leben und das Verbot der Folter	56
§ 7: Das Recht auf Leben und die Todesstrafe	56
a) Das Recht auf Leben	56
aa) Der Schutzbereich	56
bb) Eingriffe in das Recht auf Leben	57
cc) Gesetzgeberische Schutzpflichten	60
dd) Schutzpflichten der Exekutive	65
ee) Verfahrenspflichten der Exekutive	68
ff) Mitwirkungspflichten der Regierung und Beweisfragen	70
b) Die Todesstrafe	71
§ 8: Das Verbot der Folter	74
a) Allgemeines	74
b) Polizeigewahrsam	80
c) Haftbedingungen	81
d) Die im Zielstaat drohende unmenschliche Behandlung	82
e) Im Zielstaat fehlende ärztliche Behandlungsmöglichkeiten	85
f) Verfahrens- und Schutzpflichten	86
g) Weitere völkerrechtliche Folterverbote	90
h) Schranken des Folterverbots?	92
IV. Kapitel: Freiheitsrechte	93
§ 9: Das Verbot der Sklaverei, die Rechtsfähigkeit und das Verbot der Zwangsarbeit	93

Inhalt	IX
a) Das Verbot der Sklaverei und der Leibeigenschaft	93
aa) Der Schutzbereich	93
bb) Schutzpflichten	95
cc) Verfahrenspflichten	95
b) Die Rechtsfähigkeit	96
c) Das Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit	96
aa) Der Schutzbereich	96
bb) Zwangs- und Pflichtarbeit und Diskriminierung	99
d) Menschenhandel	99
§ 10: Freiheit und Sicherheit der Person	101
a) Das Recht auf Sicherheit	101
b) Das Recht auf Freiheit	102
aa) Das Verschwindenlassen	104
bb) Die Abgrenzung gegenüber der Freizügigkeit	104
cc) Die Fälle rechtmäßiger Freiheitsentziehung	106
dd) Die Freiheitsentziehung im bewaffneten Konflikt	116
ee) Schutzpflichten	117
ff) Die Rechte festgenommener Personen	118
gg) Menschenrechte festgenommener Personen	126
§ 11: Freizügigkeit und Ausweisung	127
a) Die Freizügigkeit	127
b) Die materiellen Garantien bei der Ausweisung	129
§ 12: Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und der Korrespondenz, die Eheschließungsfreiheit und das Recht auf Bildung	131
a) Das Recht auf Achtung des Privatlebens	131
aa) Schutzbereich und Eingriff	131
bb) Schranken	134
cc) Schutz- und Verfahrenspflichten	138
dd) Privatleben und Diskriminierung	142
b) Das Recht auf Achtung des Familienlebens	143
aa) Schutzbereich und Eingriff	143
bb) Die Schranken	146
cc) Verfahrens- und Schutzpflichten	148
dd) Die Ausweisung und der Nachzug von Familienangehörigen	152
ee) Familienleben und Diskriminierung	156
c) Das Recht auf Achtung der Wohnung	156
aa) Schutzbereich und Schranken	156
bb) Schutzpflichten	159
d) Das Recht auf Achtung der Korrespondenz	159
aa) Abhörmaßnahmen	160
bb) Die Einschränkung des Briefverkehrs von Gefangenen	162
e) Das Recht auf Eheschließung	165
f) Das Recht auf Bildung	168

§ 13: Die Gedanken-, die Gewissens- und die Religionsfreiheit	172
a) Allgemeines	172
aa) Der Schutzbereich	172
bb) Eingriff und Schranken	174
cc) Schutzpflichten	175
b) Fallgruppen	175
aa) Das religiös motivierte Tragen bestimmter Kleidungsstücke oder Symbole	175
bb) Die Verweigerung von Angaben zur Religion	178
cc) Sonstiges religiös motiviertes Verhalten	178
dd) Das Bekenntnis „gemeinsam mit anderen“	180
ee) Die Sicherheit der Religionsausübung	180
c) Religionsgemeinschaften	181
d) Religionsfreiheit und Diskriminierung	183
§ 14: Die Meinungs-, die Versamlungs- und die Vereinigungsfreiheit ..	185
a) Die Meinungsfreiheit	185
aa) Das Haben einer Meinung	186
bb) Das Äußern und die Entgegennahme einer Meinung: Schutzbereich und Eingriff	187
cc) Die Schranken	193
(i) Die einzelnen legitimen Zwecke von Eingriffen	193
(ii) Der staatliche Entscheidungsspielraum und die Kontrolldichte des EGMR	209
dd) Schutzpflichten	211
b) Die Versammlungsfreiheit	212
c) Die Vereinigungsfreiheit	216
V. Kapitel: Die Eigentumsgarantie	224
§ 15: Die Eigentumsgarantie	224
a) Der Schutzbereich	224
b) Die Eigentumsgarantie	227
c) Der Eingriff	227
aa) Die drei Formen des Eingriffs	227
bb) Die Gesetzmäßigkeit	231
cc) Der legitime Zweck	232
dd) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	233
d) Enteignung und Diskriminierung	237
e) Verfahrens- und Schutzpflichten	238
f) Der IP	239
VI. Kapitel: Aktivbürgerrechte	240
§ 16: Das Wahlrecht	240
a) Anwendungsbereich	240
b) Das Wahlrecht und seine Schranken	241

aa) Das aktive Wahlrecht	243
bb) Das passive Wahlrecht (die Wählbarkeit)	245
c) Die Abhaltung von Wahlen und das Wahlsystem	247
d) Wahlrecht und Diskriminierung	249
§ 17: Das Recht auf Teilnahme an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten und auf gleichen Zugang zu den öffentlichen Ämtern	249
VII. Kapitel: Verfahrensgarantien	251
§ 18: Das Beschwerderecht	251
§ 19: Verfahrensgarantien bei der Ausweisung	258
§ 20: Das Recht auf ein faires Verfahren	260
a) Anwendungsbereich	260
aa) „Zivilrechtliche Ansprüche“	261
bb) „Strafrechtliche Anklage“	264
b) Die Rechtsweggarantie	266
c) Das Recht auf Bestand und Vollzug des Urteils	270
d) Das Recht auf ein faires Verfahren i.e.S.	271
aa) Der Grundsatz der Waffengleichheit	273
bb) Der Grundsatz der Einheit des Gerichts	274
cc) Die Unabhängigkeit des Gerichts und die Unparteilichkeit der Richter	276
dd) Die Entscheidung innerhalb angemessener Frist	280
ee) Die Öffentlichkeit des Verfahrens und des Urteils	282
e) Die besonderen Garantien des Angeklagten	284
aa) Die Unschuldsvermutung	284
bb) Das Recht, sich nicht selbst beschuldigen zu müssen	287
cc) Der rechtsstaatliche Mindeststandard	288
dd) Das Verfahren in Abwesenheit des Angeklagten	297
ee) Fairneß im Strafverfahren: Beweisfragen	299
f) Das Jugendgerichtsverfahren	301
§ 21: Sonstige strafprozeßrechtsrelevante Rechte	302
a) Rechtsmittel in Strafsachen	302
b) Das Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen	303
c) Ne bis in idem	304
d) Nullum crimen, nulla poena sine lege	306
VIII. Kapitel: Minderheitenrechte und Selbstbestimmungsrecht der Völker	311
§ 22: Minderheitenrechte	311
§ 23: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	314

IX. Kapitel: Gleichheitsrechte	316
§ 24: Die Arten der Gleichheitssätze	316
§ 25: Akzessorisches Diskriminierungsverbot und autonomer Gleichheitssatz	318
a) Die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichheit des Gesetzes	318
b) Der Anwendungsbereich der akzessorischen Diskriminierungsverbote	319
c) Die Diskriminierung	320
aa) Die vergleichbare Situation	321
bb) Das legitime Ziel der Unterscheidung (ihre objektive Rechtfertigung)	322
cc) Das Verhältnis von Unterscheidung und Ziel (die angemessene Rechtfertigung)	323
dd) Die Beweislast	324
d) Der Kanon der (verbotenen) Diskriminierungsmerkmale	325
aa) Die Diskriminierung wegen des Geschlechts	325
bb) Die Rassendiskriminierung	329
cc) Die Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	331
dd) Die sonstigen verbotenen Diskriminierungsgründe	333

Dritter Teil: Formelles Recht

X. Kapitel: Zulässigkeitsvoraussetzungen	338
§ 26: Die Individualbeschwerde	338
a) Die aktive Parteifähigkeit	339
b) Die unmittelbare Beschwer	340
c) Der Beschwerdegegner	343
d) Der Beschwerdegegenstand	344
e) Die Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	345
f) Form und Frist	349
g) Das angerufene Organ hat über die Individualbeschwerde noch nicht entschieden	352
h) Die Individualbeschwerde ist keiner anderen internationalen Instanz unterbreitet worden	353
i) Die Individualbeschwerde ist nicht anonym	356
j) Die Erhebung der Individualbeschwerde ist nicht mißbräuchlich	356
k) Die Individualbeschwerde ist nicht offensichtlich unbegründet	357
l) Dem Beschwerdeführer ist ein erheblicher Nachteil entstanden	357
m) Die Individualbeschwerde ist mit dem Menschenrechtsvertrag nicht unvereinbar	357
aa) <i>ratione personae</i>	359
bb) <i>ratione materiae</i>	360
cc) <i>ratione loci</i>	361
dd) <i>ratione temporis</i>	362
§ 27: Die Staatenbeschwerde	363

XI. Kapitel: Institutionen und Verfahren	367
§ 28: Der IP	367
a) Der Menschenrechtsausschuß	367
b) Staatenberichte	369
c) Staatenbeschwerden	372
d) Individualbeschwerden	373
§ 29: Die EMRK	376
a) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	376
b) Staaten- und Individualbeschwerden	378
aa) Die wirksame Ausübung des Rechts auf Individualbeschwerde ...	378
bb) Das Verfahren	379
cc) Die Prüfung der Rechtssache	381
dd) Die Entscheidung	382
ee) Die Pflicht zur Befolgung und Durchführung des Urteils	385
c) Gutachten	390
 Register der Verträge und sonstigen Instrumente	 393
Entscheidungsregister	399
EGMR	399
EKMR	426
MRA	428
Sonstige universelle Spruchkörper	436
Sonstige regionale Spruchkörper	437
Gerichte mit Zuständigkeit für einen Staat	438
 Sachverzeichnis	 441

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	anderer Ansicht
AAÜ	Internationales Übereinkommen über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (1973)
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
a.E.	am Ende
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AfrKMR	African Commission on Human and Peoples' Rights
AG	Amtsgericht
AGMR	Inter-American Court of Human Rights gemäß Art. 52 AMRK
AMRK	American Convention on Human Rights (1969)
AU	Afrikanische Union
AuR	Arbeit und Recht
BG	Bundesgericht
BGBI.	Bundesgesetzblatt
ber.	berichtigt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CD	EKMR, Collection of Decisions – Recueil de décisions
CAT	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (1984)
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979)
CERD	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1966)
CIA	Central Intelligence Agency
CRC	Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989)
conc. op.	Sondervotum
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen
d.i.	das ist
diss. op.	abweichende Meinung
DR	EKMR, Decisions and Reports – Décisions et rapports
DSU	Streitbelegungsvereinbarung (1994)

ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten
EG	Europäische Gemeinschaften
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte gemäß Art. 19 EMRK
EGMR-E	EGMR – Deutschsprachige Sammlung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte gemäß Art. 19 a EMRK a.F.
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1950)
ETS	European Treaties Series
EuFVÜ	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (1987)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gemäß Art. 220 EGV
EuGRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000)
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuVFÜ	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter (1987)
f.	folgende (Singular)
ff.	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote
FP1	Fakultativprotokoll zum IP (1966)
FP2	Zweites Fakultativprotokoll zum IP (1989)
FP-CEDAW	Fakultativprotokoll zum CEDAW (1999)
FP-CRC-AC	Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (2000)
FP-CRC-IC	Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren (2011)
FP-CRC-SC	Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie (2000)
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
GC	General Comment des MRA
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
Hg.	Herausgeber
h.M.	herrschende Meinung
HRLJ	Human Rights Law Journal
HS	Halbsatz
IACHR	Inter-American Commission on Human Rights
Ibid.	ebenda
ICMW	Internationale Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1990)
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda
ICTY	International Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Territory of Former Yugoslavia since 1991
i.d.F.	in der Fassung
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof gemäß Art. 92 VNC
IHRR	International Human Rights Reports
ILM	International Legal Materials

ILO	Internationales Arbeitsamt
ind. op.	Sondervotum
IP	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)
IRA	Irish Republican Army
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof gemäß Art. 1 des Römischen Statuts (1998)
i.V.m.	in Verbindung mit
Jbl	Juristische Blätter
JR	Juristische Rundschau
Kfz.	Kraftfahrzeug
LG	Landgericht
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender
lit.	Buchstabe
LS	Leitsatz
m.N.	mit Nachweisen
MRA	Ausschuß für Menschenrechte gemäß Art. 28 IP
MRM	MenschenRechtsMagazin
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	nichtstaatliche Organisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
OLG	Oberlandesgericht
öS	österreichischer Schilling
Pkw	Personenkraftwagen
Rep.	EGMR, Reports (1996–1998), Reports of Judgments and Decisions (seit 1999)
S.	Seite
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen (1990)
sep.op.	Sondervotum
StAZ	Das Standesamt
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
TBD	Treaty Body Database
u.	und
u.ä.	und ähnliches
u.a.	unter anderem, und andere
UNTS	United Nations Treaties Series
VfO-AfrKMR	Rules of Procedure der AfrKMR (1995)

XVIII

Abkürzungsverzeichnis

VfO-EGMR	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Stand vom 1.1.2016)
VfO-MRA	Rules of Procedure of the Human Rights Committee (Fassung 11.1.2012)
VN	Vereinte Nationen
VNC	Charta der Vereinten Nationen (1945)
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
WSR	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gemäß Art. 61 VNC
WTO	Welthandelsorganisation
WTO-Ü	Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) (1994)
WVÜ	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (1969)
Yb	Yearbook of the European Convention of Human Rights
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP1	Zusatzprotokoll zur EMRK (1952)
ZP4	Protokoll Nr. 4 zur EMRK (1963)
ZP6	Protokoll Nr. 6 zur EMRK (1983)
ZP7	Protokoll Nr. 7 zur EMRK (1984)
ZP9	Protokoll Nr. 9 zur EMRK (1990)
ZP11	Protokoll Nr. 11 zur EMRK (1994)
ZP12	Protokoll Nr. 12 zur EMRK (2000)
ZP13	Protokoll Nr. 13 zur EMRK (2002)
ZP15	Protokoll Nr. 15 zur EMRK (2013)
ZP16	Protokoll Nr. 16 zur EMRK (2013)
zw.	Zweifelhaft

Quellenlage

Materialien im Internet

Wenige Rechtsgebiete sind so gut durch das Internet erschließbar wie das hier behandelte. Sowohl die wichtigsten Rechtsgrundlagen wie auch die Entscheidungen der jeweiligen Spruchkörper sind dort zu finden, wenn sie auch nur selten auf deutsch vorliegen.

Die universellen Menschenrechtsverträge sind beim Office of the UN High Commissioner of Human Rights unter «ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CoreInstruments.aspx» verfügbar. Der jeweilige Stand der Ratifikation wird von der United Nations Treaty Collection auf der Seite «<http://treaties.un.org/pages/Treaties.aspx?id=4&subid=A&lang=en>» veröffentlicht. Die Homepage des MRA ist «ohchr.org/EN/HRBodies/CCPR/Pages/CCPRIndex.aspx». Unter „The work of the Committee“ findet man dort u.a seine General Comments, die Staatenberichte und die „Concluding observations“ des MRA, seine Entscheidungen sowie ein Link zur Suchmaschine unter «juris.ohchr.org/search/documents».

Die europäischen Menschenrechtsverträge sind beim Europarat u.a. auf der Seite „List of the Council of Europe’s treaties“ unter «www.coe.int/en/web/conventions/full-list» verfügbar. Die Entscheidungen des EGMR in den Amtssprachen und, soweit verfügbar, auch in nichtamtlichen Übersetzungen sind unter HUDOC abfragbar: «hudoc.echr.coe.int/eng». Ein Fundstellenverzeichnis für deutsche Übersetzungen solcher Urteile, chronologisch und alphabetisch geordnet, findet sich unter «www.egmr.org». Unter HUDOC finden sich auch, unter HUDOC-CPT bzw. HUDOC-ESC, Entscheidungen des Folterverhütungs- bzw. des Sozialrechausschusses. Unter „Help“ kann dort ein hilfreiches Handbuch für die Benutzung dieser Suchmaschine heruntergeladen werden. Etwas problematisch ist hingegen die Suche nach den Berichten und Entscheidungen der EKMR, die nicht vollständig unter HUDOC zur Verfügung stehen. Ihre Veröffentlichung ist im übrigen aufgeteilt auf die amtliche Sammlung, zunächst die CD, dann die DR, auf das Yb und, soweit es sich um Berichte handelt, die einem Verfahren vor dem EGMR zugrunde liegen, auf dessen Entscheidungssammlung, zunächst die Serie A, seit 1996 die Rep., wo sie im Anschluß an das jewei-

lige Urteil des EGMR abgedruckt sind. Viele Entscheidungen und Berichte der EKMR sind auch gänzlich unveröffentlicht.

Eine weitere interessante Adresse ist die University of Minnesota Human Rights Library: «<http://www1.umn.edu/humanrts>». Klickt man dort den Knopf „Regional Material“ an, gelangt man unter anderem zu amerikanischen und afrikanischen Menschenrechtsseiten; die African Commission on Human and Peoples' Rights etwa findet sich unter «<http://www1.umn.edu/humanrts/africa/comission.html>» (sic). Klickt man auf der Seite „Regional Material“ den Knopf „Regional Instruments“ an, so gelangt man zu einer Liste regionaler Verträge einschließlich des weiteren Knopfes „League of Arab States“, unter dem man u.a. die Arab Charter of Human Rights findet.

Das Österreichische Menschenrechtsinstitut an der Universität Salzburg gibt einen recht aktuellen Newsletter heraus. Zu diesem Newsletter gibt es ein registrierungspflichtiges Archiv, verfügbar unter «<http://www.menschenrechte.ac.at/newsletter-menschenrechte/archiv.html>», das deutschsprachige Zusammenfassungen von Menschenrechtsentscheidungen unterschiedlicher Stellen und Gerichte enthält. Das MenschenRechtsMagazin der Universität Potsdam veröffentlicht regelmäßig Berichte über die Arbeit des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen, die mit einiger Verzögerung auch online unter «<https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/solrsearch/index/search/search/type/series/id/32>» eingesehen werden können.

Einige einschlägige Texte der VN, die entweder besonders wichtig sind oder speziell die deutschsprachigen Länder betreffen, finden sich in deutscher Übersetzung auf der Seite Vereinte Nationen – Deutscher Übersetzungsdienst unter «http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/fs_menschen.html».

Generell gilt, daß sich die Internet-Adressen der einzelnen Seiten recht häufig ändern; gegenüber der Voraufgabe blieb kaum eine der genannten Seiten unverändert.

Lehrbücher und Kommentare

Eine regelmäßig aktualisierte Zusammenstellung deutschsprachiger Literatur zur EMRK findet sich unter «www.egmr.org» – Kommentare. Hierauf wird verwiesen. Ergänzend sind zu erwähnen

zum IP

- Manfred *Nowak*, U.N. Covenant on Civil and Political Rights. CCPR 2. Aufl. 2005

zu Menschenrechten allgemein

- Manfred *Nowak*, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, 2002
- Philip *Alston* und Ryan *Goodman*, International Human Rights, 2012

Erster Teil

Allgemeines

I. Kapitel

Entwicklung des Völkerrechts der Menschenrechte

§ 1: Entwicklungslinien

- 1 Die geistesgeschichtlichen Wurzeln der Menschenrechte generell sind in der jüdisch-christlichen Vorstellung von der allen Menschen gemeinsamen Würde, die sich insbesondere aus seiner Gottesebenbildlichkeit ergibt, und im antiken Gedankengut der Stoa zu sehen, nach der alle Menschen gemeinsame Rechte haben, weil ihnen eine gemeinsame Natur eignet¹. Diese antiken Grundvorstellungen blieben bis zum Ende des Mittelalters ohne größeren Einfluß auf das praktische Leben, wurden aber in der Renaissance in zahlreichen Abhandlungen über die Würde des Menschen aufgegriffen². In der Zeit der Reformation und der anschließenden Glaubenskriege berief sich die jeweils unterlegene Seite auf die Glaubensfreiheit, die damit zum ältesten Menschenrecht wurde.
- 2 In England hatte die alte feudalrechtliche Tradition, daß der neue König seinen Ständen ihre Rechte garantiert, in der Magna Charta von 1215 ihren berühmtesten Ausdruck gefunden. Viel später entstand die Vorstellung, daß diese Rechte – ebenso wie der neue Grundsatz der Glaubensfreiheit – allgemeine Rechte und Freiheiten des Einzelnen seien. Diese „guten alten englischen Freiheiten“ finden sich in mehreren Gesetzestexten des 17. Jhd. wieder, namentlich in der Habeas-Corpus-Akte (1679), die das Recht eines jeden Gefangenen vorsieht, binnen drei Tagen einem Richter vorgeführt zu werden, und der Bill of Rights (1689), die im wesentlichen Privilegien des Parlaments und politische Rechte regelt. Sie wanderten mit den puritanischen Siedlern nach Amerika aus,

¹ Auf universelle Wurzeln der Menschenrechte weisen *A.H. Robertson* und *J.G. Merrills*, *Human Rights in the World. An Introduction to the Study of the International Protection of Human Rights*, 4. Aufl. 1996, S. 7–9, hin. Vgl. auch *Manfred Nowak*, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, 2002, S. 21: „keineswegs nur europäischen Ursprungs“.

² Vgl. etwa *Giannozzo Manetti*, Über die Würde und Erhabenheit des Menschen (1452), Philosophische Bibliothek, Bd. 426, 1990; *G. Pico della Mirandola*, Über die Würde des Menschen (1485), Philosophische Bibliothek, Bd. 427, 1990.

wo Ende des 18. Jhd. umfassende Menschenrechtskataloge gesetzlich verankert wurden. Die Vorreiterrolle übernahm der Staat Virginia, dessen Volksvertreter 1776 eine „Declaration of Rights“ annahmen, die allgemein als Virginia Bill of Rights bekannt ist. In dieser Erklärung wurden die Rechte, die den Bürgern von Virginia und ihren Nachkommen zustanden, als Grundlage des Staates festgehalten. Diese Erklärung enthält bereits den Kern aller heutigen Grundrechte, soweit man sich ihre Gefährdung durch den Staat bereits vorstellen konnte. In zeitlicher Reihenfolge der nächste Rechtekatalog war die französische „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen“ (1789), auf die 1791 die Amendments 1–10 zur Verfassung der USA folgten: Zur Beschleunigung der Verfassungsgebung hatte man die Grundrechte zunächst ausgespart und sie dann in diese ersten Verfassungszusätze aufgenommen.

Zwei wesentliche Unterschiede zwischen den französischen und den US-amerikanischen Grundrechten sind hervorzuheben: Weltanschaulich beruhten die amerikanischen Menschenrechtsverbürgungen auf der puritanischen Wertschätzung der zugleich gottesfürchtigen und praktischen Persönlichkeit, während die französischen Menschenrechtserklärungen das Ergebnis einer radikalen, antireligiösen Aufklärungsphilosophie waren. Juristisch-praktisch war die französische Déclaration dem Gesetzgeber anvertraut und galt nicht gegen ihn – erst in jüngerer Zeit hat der französische Conseil constitutionnel den französischen Grundrechten Vorrang vor Gesetzen zugesprochen³ –, während die US-Verfassung und damit auch ihre Amendments seit jeher Vorrang vor den Gesetzen haben⁴.

Diese und auch alle anderen Grundrechtskataloge bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren ausschließlich innere Angelegenheiten der Staaten. Völkerrechtliche Menschenrechtsschutzregelungen waren bis zu diesem Zeitpunkt selten und sehr punktuell. Die erste multilaterale Regelung überhaupt, ein Verbot des Sklavenhandels, findet sich in der Schlußakte des Wiener Kongresses (1815)⁵; ein Verbot der Sklaverei selbst mit der Folge der sofortigen Freilassung aller Sklaven erschien seinerzeit nicht möglich. Aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg finden sich dann noch Verbote der Sklaverei, des Frauen- und Mädchenhandels und der Zwangs- und Pflichtarbeit⁶. Der Durchbruch zu einem umfassenden internationalen Menschenrechtsschutz erfolgte, namentlich als Ant-

³ Décision no 71–44 DC vom 16.7.1971.

⁴ Supreme Court, *Marbury vs. Madison*, 1 Cranch 137 (U.S. 1803).

⁵ Art. LXVIII Anhang 15 – Erklärung der Mächte über die Abschaffung des Sklavenhandels vom 8.2.1815, abgedruckt bei Martens, Nouveau recueil général des traités et autres actes relatifs aux rapports de droit international, 2. Serie, Bd. II, S. 432. Das Verbot wurde u.a. 1885 auf der Berliner Zentralafrika-Konferenz wiederholt, abgedruckt bei Martens, ibid., Bd. X, S. 414.

⁶ Vgl. zu den einschlägigen Übereinkommen Knut Ipsen, Völkerrecht, 6. Aufl. 2014, § 36 Rdn. 3–8.

wort auf die Barbarei des nationalsozialistischen Deutschland, erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

§ 2: Die Internationalisierung des Menschenrechtsschutzes

a) Die AEMR und der Menschenrechtsrat

- 5 Angesprochen wurden die Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg auf völkerrechtlicher Ebene mehrfach in der VNC (1945)⁷. Allerdings wird dort nicht weiter ausgeführt, was denn Menschenrechte seien. Inhaltlich ausgefüllt wurde dieser Begriff durch die AEMR (1948), die die Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Gegenstimme bei wenigen Enthaltungen annahm. Wenige Monate zuvor war bereits die inhaltlich ähnliche Amerikanische Deklaration der Rechte und Pflichten des Menschen (1948)⁸ verkündet worden. Die AEMR sieht in ihren Art. 1–20 sog. liberale Grundrechte (oder Grundrechte der ersten Generation) vor, in Art. 21 den status activus oder das allgemeine Wahlrecht und in den Art. 22–28 soziale Rechte (oder Grundrechte der zweiten Generation). Sie ist der allgemein anerkannte Mindeststandard der Menschenrechte⁹. Sie war und ist das Vorbild für alle späteren universellen und regionalen, aber auch innerstaatlichen Instrumente einschließlich des Grundrechtskatalogs im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Andererseits war sie selbst als Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen zumindest zunächst kein verbindliches Völkerrecht¹⁰. Demgemäß enthält sie keinerlei formelle Regelungen, insbesondere keinen Überwachungs- oder gar Erzwingungsmechanismus.
- 6 Jedoch überwacht der Menschenrechtsrat der VN auf der Basis der VNC und der AEMR in gewissem Umfang den Menschenrechtsstandard der Mitglieder der Vereinten Nationen, also praktisch der Gesamtheit der Staaten. Der Menschenrechtsrat ist Nachfolger der Menschenrechtskommission¹¹, einer 1946 auf der Grundlage des Art. 68 VNC errichteten Kommission des WSR. Diese hatte

⁷ Vgl. Abs. 2 der Präambel, Art. 1 Nr. 3, Art. 55 c, Art. 62 II, Art. 68 VNC.

⁸ Verfügbar unter «<https://www.cidh.oas.org/Basicos/English/Basic2.American%20Declaration.htm>».

⁹ Ein Kommentar zur AEMR ist *Gudmundur Alfredsson u.a.* (Hg.), *The Universal Declaration of Human Rights: A Common Standard of Achievement*, 1999. Vgl. auch *Bardo Fassbender*, *Menschenrechtserklärung*, 2009.

¹⁰ Zum heutigen völkerrechtlichen Status der AEMR vgl. *Hurst Hannum*, *The Status of the Universal Declaration of Human Rights in National and International Law*, *Georgia Journal of International and Comparative Law* (1995/96), 287.

¹¹ Beide Organe beruhen auf der VNC und sind damit Charta-Organen (charter based bodies). Sie dürfen nicht mit dem MRA verwechselt werden, der auf dem IP beruht und damit ein Vertragsorgan (treaty body) ist.

zunächst nur Normsetzungsaufgaben; insbesondere fertigte sie den Entwurf der AEMR und erstellte anschließend die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen, also den IP und den IPwskR. Nach Abschluß dieser Normsetzungsarbeiten beschäftigte sich die Kommission auf der Grundlage zweier Resolutionen des WSR auch mit der Frage der Verletzung der Menschenrechte¹². Die Res. 1235 (1967) wurde gut 10 Jahre später zur Grundlage der öffentlichen Erörterung von schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen in allen Staaten der Welt. Für die Behandlung von Beschwerden über konkrete Menschenrechtsverletzungen wurde mit der Res. 1503 (1970) ein eigenes vertrauliches Verfahren geschaffen. Mit der Res. 60/251 der Generalversammlung der VN wurde die Menschenrechtskommission 2006 durch den Menschenrechtsrat ersetzt¹³, der ein Hilfsorgan der Generalversammlung ist und sich aus 47 Regierungsdelegationen zusammen setzt. Er ist damit ein verkleinertes Abbild der Generalversammlung der Vereinten Nationen, zumal deren übrige Mitgliedstaaten Beobachter entsenden, die an seinen Arbeiten – nicht an seinen Abstimmungen – ebenfalls aktiv teilnehmen, und ein durch und durch politisches Organ.

In seiner Res. 5/1 zum Aufbau der Institution¹⁴ übernahm der Menschenrechtsrat mit Änderungen beide Verfahren der Menschenrechtskommission zur Überprüfung der Beachtung der Menschenrechte durch die Staaten und ergänzte sie um ein periodisches Überprüfungsverfahren. Der periodischen Überprüfung unterliegen alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen; Mitglieder des Menschenrechtsrates sollen während ihrer Mitgliedschaft überprüft werden. Grundlage der Überprüfung sind die VNC, die AEMR sowie vertraglich und einseitig übernommene Verpflichtungen des überprüften Staates. Die Überprüfung soll insbesondere der Verbesserung der Menschenrechtslage dienen. Sie wird von einer Arbeitsgruppe vorgenommen, in der alle 47 Mitglieder des Rates vertreten sind und alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als Beobachter mitwirken können. Die Überprüfung ist als kooperatives Verfahren angelegt.

Auf der Grundlage der Res. 1235 haben sich zwei Vorgehensweisen herausgebildet. Zum einen finden auf den Jahrestagungen des Menschenrechtsrates öffentliche Erörterungen statt, bei denen Regierungen und NGOs den Rat auf Probleme hinweisen können. Zum anderen kann der Rat besondere Situationen mit allen Mitteln untersuchen, die ihm geeignet erscheinen. Das sind die sog. „special procedures“, in denen entweder bestimmte Staaten oder bestimmte Themenkreise untersucht werden. Diese Sonderverfahren haben sich unsyste-

¹² Vgl. zum Ganzen *Manfred Nowak*, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, 2002, S. 118 ff.

¹³ Zu den Gründen vgl. Philip *Alston* und Ryan *Goodman*, International Human Rights, 2012, S. 694 ff.

¹⁴ Vom 18.6.07, zu finden auf der Homepage des Rates, «ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/HRCIndex.aspx», Documents and Resolutions, 5th Regular Session, Adopted Resolutions.

matisch und ohne institutionellen Gesamtrahmen entwickelt. Gemeinsam ist ihnen eigentlich nur, daß ein sachverständiger Untersuchungsführer die ihm zugewiesene Aufgabe im Rahmen der ihm gemachten Vorgaben untersuchen soll¹⁵. Da die Sonderverfahren, wenn sie einmal in Gang gesetzt sind, der politischen Einflußnahme weitgehend entzogen sind, gelten sie als „Kronjuwel“ (*Kofi Annan*) und als Eckstein¹⁶ des von den VN gewährleisteten Menschenrechtsschutzes.

- 9 Im vertraulichen Beschwerdeverfahren, das auf der Grundlage der Resolution 1503 (1970) gestaltet wurde, geht es um massive, verlässlich belegte Menschenrechtsverletzungen. Das Verfahren ist opferorientiert, nicht-öffentlich und zweistufig. Zunächst prüft die Arbeitsgruppe für Mitteilungen, für die der Beratende Ausschuß des Menschenrechtsrates, ein Gremium aus 18 unabhängigen Experten, fünf seiner Mitglieder benennt, die Zulässigkeit von Beschwerden. Alle zulässigen Beschwerden legt er zusammen mit seinen Empfehlungen einer weiteren Arbeitsgruppe vor. Diese Arbeitsgruppe besteht aus fünf Vertretern von Ratsmitgliedern, die in der Arbeitsgruppe nicht weisungsgebunden sind. Sie legt dem Rat auf der Grundlage der Informationen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe für Mitteilungen einen Bericht über massive, verlässlich belegte Menschenrechtsverletzungen vor und empfiehlt dem Rat dessen Vorgehen. Der Rat kann u.a. einen sachverständigen Beobachter für die Lage bestellen oder zur öffentlicher Erörterung der Angelegenheit übergehen.

b) Die Regelungen des Europarats

- 10 Wie in der VNC sind die Menschenrechte auch in der Satzung des Europarates (1949) angesprochen¹⁷. Hier wurden die entsprechenden Artikel durch die EMRK durchgeführt, die materiell weitgehend auf der AEMR beruht, diese aber nicht voll ausschöpft. Drei Rechte, über deren Formulierung keine sofortige Einigung zwischen den Vertragsstaaten möglich war, wurden im ZP1 erfaßt. Anders als die AEMR sind die EMRK und das ZP1 als solche verbindliche völkerrechtliche Verträge, die demgemäß nach Art. 59 EMRK (n.F.) bzw. Art. 7 ZP1 der Ratifikation durch die Vertragsstaaten bedurften. Die EMRK und das ZP1 enthielten zunächst nur Mindeststandards, die die Vertragsstaaten ohne weiteres erfüllen zu können glaubten, keine sozialen Rechte und nur eingeschränkte Überwachungs- bzw. Erzwingungsmechanismen.

¹⁵ Die Untersuchungsführer haben sich auf ein Handbuch über ihr Vorgehen verständigt; vgl. Manual of Operations of the Special Procedures of the Human Rights Council, verfügbar unter «ohchr.org/Documents/HRBodies/SP/Manual_August_2008.doc».

¹⁶ *Amnesty International*, UN Special Procedures: Building on a Cornerstone of Human Rights Protection, 2005.

¹⁷ Art. 1 lit. b und Art. 3.

aa) Überwachungs- und Erzwingungsmechanismen im Allgemeinen

Als solche Mechanismen kommen in multilateralen völkerrechtlichen Verträgen ganz generell Staatenberichte, Staatenbeschwerden und Individualbeschwerden in Betracht (vgl. auch Rdn. 20), wobei die Beschwerden in universellen Verträgen häufig als „Mitteilungen“ bezeichnet werden. Auch wenn dieser Ausdruck mit Bedacht gewählt ist, weil diesen Verfahren ihrer Konzeption nach nicht in erster Linie Rechtsschutzcharakter zukommen soll, sondern sie eher als Verfahren gedacht sind, in denen das jeweilige Vertragsorgan die Vertragsstaaten bei der Verwirklichung der Menschenrechte unterstützen kann – Sachentscheidungen der Vertragsorgane werden demgemäß als „Auffassungen“ („views“) bezeichnet –, hat sich für solche Mitteilungen in der Literatur die Bezeichnung Beschwerde durchgesetzt, die auch hier verwendet werden soll. **11**

Im Staatenberichtsverfahren verpflichten sich die Vertragsstaaten, einem Vertragsorgan nach Maßgabe des jeweiligen Vertrags Bericht über Umstände zu erstatten, die mit der Durchführung des Vertrages zu tun haben. Im Staatenbeschwerdeverfahren kann ein Vertragsstaat vor einem Vertragsorgan Beschwerde gegen einen anderen Vertragsstaat erheben, wenn dieser seines Erachtens Vertragspflichten verletzt hat. Im Individualbeschwerdeverfahren schließlich kann ein Bürger, der regelmäßig betroffen sein muß, gegen einen Vertragsstaat Beschwerde vor einem Vertragsorgan erheben, wenn dieser Staat ihn in seinen vertraglich gewährleisteten Rechten verletzt hat. Das Staatenberichtsverfahren ist das älteste, das Individualbeschwerdeverfahren, das den Bürger in seinem Rahmen zum (beschränkten) Völkerrechtssubjekt macht, das jüngste dieser Verfahren. **12**

In der Praxis sind Staatenbeschwerdeverfahren generell nicht sehr beliebt; sie können die politischen und diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten erheblich belasten¹⁸. Die Individualbeschwerde hingegen hat sich als eines der wichtigsten Verfahren des internationalen Menschenrechtsschutzes erwiesen. Das beruht darauf, daß hier die Betroffenen selbst ihre Rechte geltend machen können; sie erfüllen die Menschenrechtsverträge mit Leben. Im Falle des FP1 hat zu dieser Bedeutung der Individualbeschwerde auch beigetragen, daß der Ausschuß Individualbeschwerden großzügig zur Sachprüfung zuläßt; beinahe 50 % der Beschwerden passieren die Zulässigkeitsstation (vgl. aber Rdn. 23). Die Praxis des EGMR, der 2015 nur ungefähr 5 % der Individualbeschwerden durch Urteil entschied, während er die übrigen durch Entscheidung als unzulässig abwies, ist wohl nur scheinbar wesentlich restriktiver; nach Art. 35 III a EMRK sind – anders als nach dem FP1 – auch offensichtlich unbegründete Individual- **13**

¹⁸ Einzige Ausnahme ist im Rahmen der WTO das Streitbeilegungsverfahren nach der DSU; allerdings haben die dortigen Vertragsstaaten in Art. 3 I DSU auch vereinbart, daß „die Inanspruchnahme des Streitbeilegungsverfahrens nicht als streitige Handlung beabsichtigt oder zu betrachten“ ist.